

Frau Landgraf (CDU/DA):

Herr Minister! Die Gemeinde Prenzdorf, Kreis Borna, Bezirk Leipzig, wird zur Zeit durch den Braunkohlenbergbau devastiert. Hier wohnt etwa noch die Hälfte der ehemaligen Einwohner, aber etwa zehn Grundstücke werden bisher vom Braunkohlewerk Regis noch nicht den Besitzern abgekauft, während der größte Teil der Dorfbewohner sein Anwesen in den letzten Monaten verkaufen mußte, keinesfalls freiwillig, obwohl die Überbaggerung auch jetzt noch nicht erfolgt ist.

Somit müssen die Bürger, die bereits verkaufen mußten, es mit der Einführung der D-Mark hinnehmen, daß ihre Konten und somit der Ertrag aus dem Verkauf ihrer Grundstücke abgewertet werden. Hier zeichnet sich nicht nur eine ungerechte Behandlung gegenüber den Bürgern ab, die den Verkauf dann direkt in D-Mark tätigen können, sondern auch insgesamt muß meines Erachtens eine Nachkalkulation entsprechend dem realen Wert der Grundstücke, des Grundes und Bodens und der Gebäude nach dem 2. Juli erfolgen.

Welche Maßnahmen können dazu ergriffen werden? Besteht in Zukunft die Möglichkeit für Bauern, die ihren Boden zur Devastierung veräußern mußten, Kippenflächen zu kaufen und somit ggf. bäuerliche Familienbetriebe führen zu können?

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Pollack, Minister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft:

Meine Damen und Herren! Mein Ministerium hat den Entwurf eines Gesetzes über die Übertragung volkseigener landwirtschaftlicher Nutzflächen in das Eigentum von Genossenschaften, von Mitgliedern von Genossenschaften und von Einzelpersonen vorbereitet. Dieses Gesetz wird in Kürze diesem Hohen Hause vorgelegt werden. Es liegt damit eine eindeutige Regelung vor, daß Mitglieder von Genossenschaften und Bauern, die Familienbetriebe begründen wollen und die ihren Boden in den vergangenen Jahren für Investitionsmaßnahmen veräußern mußten, wieder Grund und Boden zu erschwinglichen Preisen kaufen können.

Bekanntlich haben wir bereits am vergangenen Sonntag mit der Annahme des Treuhandgesetzes eine spezifische Treuhandregelung für die Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens in der Land- und Forstwirtschaft getroffen, um den ökonomischen, ökologischen, strukturellen und eigentumsrechtlichen Besonderheiten dieses sensiblen Bereichs Rechnung zu tragen. Zur richtigen Handhabung dieser Treuhanderschaft gehört auch, in den Territorien die vorhandenen Möglichkeiten geschickt einzusetzen, um eine solche Frage, wie Sie sie angesprochen haben, gerecht im Territorium lösen zu können.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Weitere Anfragen aus Ihrem Bereich gibt es nicht.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Ministers für Medienpolitik. Ich bitte den Abgeordneten Voigtländer, die Frage 27 zu stellen.

Voigtländer (SPD):

Herr Minister! Seit Öffnung der Grenzen und besonders ab 2.7.1990 ist bzw. wird die Bevölkerung der DDR mit neuen, weithin ungewohnten Lebensumständen konfrontiert. Wie realisiert die Regierung die Vorbereitung der Bevölkerung auf diese Veränderung?

Ich denke hierbei an gezielte und umfassende Aufklärung durch die Medien und durch Informationsblätter, beispielsweise im Postzeitungsvertrieb, über Probleme wie unlauterer Handel,

Abzahlungsgeschäfte, Haus- und Grundstückshandel, Preise, preisbewußtes Verhalten, Drogen, Mietrecht, Eigentumsrecht, Rechtswege und vieles andere. Das Ministerium für Arbeit und Soziales ist hier bereits in sehr guter Art und Weise wirksam geworden.

Schulz, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Medienpolitik:

Werter Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Es ist bekannt in unserem Land, daß die Situation, wie sie sich darstellt, nicht befriedigen kann, wenn man in Anbetracht der Vorgänge und der häufigen Ergebnisse aus diesem Hause dann den Niederschlag in den Medien findet. Hier besteht, das ist von der Bevölkerung zu Recht so erkannt, eine Diskrepanz.

Zu dem Staatsvertrag gab es einen besonderen Anlaß, auf diesem Gebiet wirksam zu werden. Seit dem 18. Juni 1990 liefert die Post an alle sieben Millionen Haushalte der DDR ein Extrablatt mit Informationen zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion aus. Herausgeber dieses Extrablattes sind im Auftrage der Regierung der DDR und der Bundesregierung das Ministerium für Medienpolitik und das Bundespresseamt.

Ich möchte hier ein Exemplar zeigen. Es ist fast in der Größe des ehemaligen oder noch bestehenden ND.

(Zuruf von der PDS: Das kennen Sie wohl nicht!)

In diesem Extrablatt werden Antworten auf Fragen zum Staatsvertrag gegeben,

(Zuruf von der PDS: Aus welchem Ministerium kommen Sie denn?)

wie sie vom Bürger gestellt werden und über die die Bürger informiert sein wollen.

Neben dem Extrablatt laufen ab diesem Wochenende in allen überregionalen und Regionalzeitungen der DDR und der Bundesrepublik Annoncen an, in denen sich Prominente zum Staatsvertrag äußern.

Des weiteren werden in der Zeit vom 2. bis 6. Juli durch das Ministerium für Arbeit und Soziales Broschüren veröffentlicht, um Informationen über den Bereich Sozialunion zu geben. In dieser Form werden diese Broschüren verteilt.

Weitere Aktionen in Form von Zeichentrickfilmen und Fernsehspots von zwei bis drei Minuten Dauer, beginnend im August, sind vorgesehen. Hier soll in lockerer Form über die soziale Marktwirtschaft

(Heiterkeit, vor allem beim Bündnis 90/Grüne)

und alle interessierenden Fragen in 20 Folgen informiert werden.

(Zuruf von der PDS: Das sind 5 Millionen!)

Die Kosten für diese Kampagne trägt die Bundesregierung.

(Zuruf von der PDS: Hei!)

Texte, Fotos usw. werden durch das Medienministerium erarbeitet und zur Verfügung gestellt.

Wir rufen alle Verantwortlichen im Medienbereich - also die, die die Meldungen streuen - auf, über diesen einmaligen historischen Vorgang in Deutschland verantwortungsbewußt und möglichst umfassend zu berichten.

(Vereinzelt Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Wir hatten ursprünglich gesagt: Heute wegen der Kürze die